

Und da muss Sozialdemokratie für ihre Inhalte und ihre Themen streiten und sich nicht kommunikationstechnisch etwas aussuchen, an das sie sich anpasst.

Grebing: Was ist heute eigentlich der feste Kern in den programmatischen Anschauungen der SPD? Welche historische Aufgabe kann nur die SPD erfüllen?

Gabriel: Willy Brandt hat eine Biografie geschrieben, die hieß nicht etwa *Links und sozial gerecht*, sondern *Links und frei*. Er hatte einen Freiheitsbegriff, den ich bis heute für den Kern sozialdemokratischer Programmatik halte, nämlich, dass es nicht nur darum geht, ein Leben frei von Not und Unterdrückung zu führen, sondern frei, aus dem eigenen Leben etwas machen zu können, unabhängig von Rasse, von Herkunft,

von Geschlecht, von Religion und vom Einkommen der Eltern. Und weil auf jedem Lebensweg Hürden stehen, wollen wir Menschen so gut trainieren, dass sie diese Hürden überspringen können, nämlich durch gute Bildung. Und da, wo die Hürden so groß sind, dass selbst die beste Bildung dazu nicht reicht, wollen wir uns unterhaken und diese Hürden beiseite ziehen. Das nennen wir Solidarität. Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität ist nicht eine Reihenfolge, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Und an diesem programmatischen Kern, finde ich, hat sich auch im 150. Jahr nichts geändert. Wir sind, wenn man so will, was das angeht, eine sehr wertkonservative Partei. Sonst gäbe es uns auch nicht über 150 Jahre. Was wir nicht sein dürfen, aber manchmal leider dazu neigen, ist eine strukturkonservative Partei. ■

Stefanie Schüler-Springorum

Juden, zur Sonne, zur Freiheit!

Stefanie Schüler-Springorum

ist Historikerin und Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Forschungsschwerpunkte: Deutsch-jüdische Geschichte, Geschichte des Nationalsozialismus, Spanische Geschichte.

schueler-springorum@tu-berlin.de



Am 6. März 2013 fand die erste zentrale Veranstaltung zum 150. Jubiläum der Sozialdemokratie im Glashof des Jüdischen Museums Berlin statt. Manch einem erschien die Überschrift »Juden, zur Sonne, zur Freiheit!« ein bisschen zu gewagt, anderen historisch unpräzise, die meisten fanden sie schlicht »witzig« – und doch steckt mehr hinter dem Wortspiel, das der Programmdirektorin des Jüdischen Museums, Cilly Kugelmann, während der Vorbereitungen zu diesem Abend eingefallen war:

Im 19. Jahrhundert strebten viele zur Sonne, zur Freiheit: Arbeiter, Juden, Frauen – sie alle kämpften manchmal gemeinsam, oftmals getrennt und zudem in allen erdenklichen Kombinationen für ein Ziel: Emanzipation. Natürlich bedeutete dies jeweils unterschiedliches, aber es gab auch viele Gemeinsamkeiten, nicht zuletzt in Gestalt der konservativen Gegner jedweder Befreiung.

Viel ist geschrieben worden über die besondere Rolle, die Männer und Frauen jüdischer Herkunft in der SPD oder allgemeiner in den Parteien der Arbeiterbewegung gespielt haben, und die Zahlen allein sprechen eine deutliche Sprache: Vor allem seit den 1890er Jahren besetzten jüdische Politiker und Journalisten prominente Positionen in der SPD und in der sozialdemokratischen Presse. So waren vor 1914 10 % der Reichstagsabgeordneten jüdisch,

was bei einem jüdischen Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung von ca. 1 % die These der »Überrepräsentation« eindrucksvoll zu unterstreichen scheint. Allerdings sähe dies vermutlich schon nicht mehr ganz so eindrucksvoll aus, wenn man lediglich christliche und jüdische Sozialdemokraten bürgerlicher Herkunft miteinander vergleichen würde. Denn dem Bürgertum gehörte um 1900 die große Mehrheit der jüdischen Familien an und die höhere Bildung ihrer Sprösslinge ermöglichte diesen dann oftmals einen entsprechend schnellen Aufstieg innerhalb der Partei. Aber warum überschritten diese jungen Frauen und Männer bewusst die Klassenschranken und widmeten ihr Leben der Arbeiterbewegung? Über die Motive jüdischen Engagements für den Sozialismus ist viel spekuliert worden: eine spezifisch jüdische Gerechtigkeitsethik sei der Grund oder auch eigene Diskriminierungserfahrungen, die den Blick schärfen für die Ungerechtigkeiten der Gesellschaft allgemein. Aber: Die große Mehrheit der deutschen Jüdinnen und Juden waren – trotz jüdischer Ethik und Ausgrenzungserfahrung – keine Sozialisten und wurden es auch dann nicht, als kaum noch eine andere politische Alternative zur Verfügung stand.

Betrachtet man die Geschichte aus jüdischer Sicht, so waren und blieben die jüdischen Sozialisten Ausnahmerecheinungen, und nicht unbedingt besonders gut gelittene. Denn das jüdische Bürgertum stand in seiner großen Mehrheit treu zum Liberalismus, jedwede revolutionäre Initiative war ihm zutiefst zuwider. So schrieb die *Allgemeine Zeitung des Judentums* am 3. April 1891, dass es »auf der ganzen großen und weiten Gotteswelt nicht zwei schärfere Gegensätze geben kann, als Judentum und Sozialdemokratie«. Jahrzehntlang fühlten sich bürgerliche Juden eher von den klassenkämpferischen Parolen der Arbeiterbewegung bedroht als von den Hetzreden der Antisemiten. Dies änderte sich nur langsam, als eine jüngere Generation

dem liberalen Fortschrittsglauben zunehmend skeptisch gegenüber stand und zugleich aggressiven antisemitischen Anfeindungen an den Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt in weitaus höherem Maße ausgesetzt war als ihre Eltern wenige Jahrzehnte zuvor. Und dennoch taten sich viele jüdische Frauen und Männer auch nach 1930, nach dem Untergang »ihrer« Partei, der DDP, noch schwer, den Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben, und votierten lieber für die ins rechte Lager überschwenkende DVP oder für das katholische Zentrum.

Es waren also Ausnahmefrauen und Ausnahmемänner, die die Sache der Arbeiterbewegung zu ihrer eigenen machten, und man sollte vorsichtig sein, diese Entscheidung auf ein wie auch immer definiertes »jüdisches Erbe« zurückführen zu wollen. Es gab vor 1933 keine Gruppe »jüdischer Sozialdemokraten«, im Gegenteil: Vermutlich hätten diese vehement gegen eine solche kollektive Zuschreibung protestiert. Judentum galt den meisten von ihnen lediglich als Herkunftsmerkmal, prägender waren der Beruf und das politische Lager, dem man sich selbst zurechnete. Letztlich waren es die Anfeindungen von außen und später die Verfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland, die diese sehr unterschiedlichen Männer und Frauen zu einer Gruppe machte und ihnen eine »Identität« aufzwang, die die meisten von ihnen zumindest bis 1933 rundweg abgelehnt hätten.

Um dem historisch gerecht zu werden, haben wir uns bewusst dafür entschieden, uns dieser Geschichte über Biografien anzunähern. Denn die unterschiedlichen Lebenswege jüdischer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen machen nicht nur die beeindruckende Vielfalt jüdisch-sozialistischen Engagements deutlich, sondern auch den hohen Preis, den so viele Männer und Frauen im 20. Jahrhundert als doppelt Verfolgte für ihren Mut und ihre Konsequenz zahlen mussten. ■